

Innsbruck, 16. August 2020

[www.fpoe.tirol](http://www.fpoe.tirol)

## **Abwerzger: „Bevölkerungsaustausch muss gestoppt werden“**

### **Utl.: Tiroler Freiheitliche lassen mit Forderung nach Landesrat für Remigration und Rückführungen aufhorchen**

Der Tiroler Landtagswahlkampf geht langsam in die intensive Phase. Vergangenen Freitag hat die FPÖ ihr Wahlprogramm vorgestellt. Eine Forderung hat dabei besonders die anwesenden Medienvertreter aufgerüttelt: „Die nächste Landesregierung braucht einen Landesrat für Remigration und Rückführungen“, forderte der freiheitliche Landesparteiobmann und Spitzenkandidat KO Mag. Markus Abwerzger.

Die FPÖ Tirol hat genug vom Bevölkerungsaustausch, der immer evidenter wird. „Laut Statistik haben 21,3 Prozent der Tiroler Migrationshintergrund, was circa 162.000 Personen entspricht. Dazu muss aber gesagt werden, dass Personen ab der dritten Generation für die Statistik bereits als Autochthone gelten. Die Dunkelziffer ist also noch höher“, so Abwerzger, den besonders schockiert, dass mit schätzungsweise 800.000 Moslems bereits mehr Muslime als Tiroler in Österreich leben.

Neben dem prinzipiellen Schutz vor Überfremdung geht es aber auch um nicht zu leugnende Zahlen in der Kriminalitätsstatistik. „In Tirol waren 2021 43,1 Prozent aller Tatverdächtigen Ausländer, in Innsbruck mit gar 49 Prozent die Hälfte. Mittlerweile sind 54,8 Prozent der in Österreich Inhaftierten ausländische Staatsbürger, welche den Steuerzahler jährlich 215 Millionen Euro kosten. Jedes zweite Sexualverbrechen in Innsbruck wurde mutmaßlich von Nicht-Österreichern begangen. Österreichweit werden jährlich circa 950 Vergewaltigungen angezeigt, was fast drei Vergewaltigungen pro Tag sind“, zählt Abwerzger die schockierenden Zahlen auf.

„Für uns ist Schluss. Wir wollen das nicht und wollten das auch nie. Aus diesem Grund braucht es nun eine Schubumkehr mit einer harten Asyl- und Migrationspolitik. Abflug statt Asylbetrug“, bringt Abwerzger es auf den Punkt. „Neben schnellen Asylverfahren und Abschiebungen braucht es auch eine offensive Politik für Remigration. Ein Landesrat soll mit den entsprechenden Agenden alle Möglichkeiten auf Landesebene, die etwa auch die Einbürgerung betreffen, ausschöpfen, um dem offensichtlichen Bevölkerungsaustausch entgegenzuwirken“, so Abwerzger abschließend.